

2024/I/Recht/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Besoldung der verbeamteten Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion der Freien und Hansestadt Hamburg werden aufgefordert bis Ende spätestens 2025, ein Konzept zur verbesserten Ausbildung, Fachkräftegewinn und Attraktivitätssteigerung inkl. einer angepassten Besoldung für die Beamtinnen und Beamten des allgemeinen Justizdienstes, die als Geschäftsstellenverwalterinnen bzw. -verwalter bei den Hamburger Gerichten und Staatsanwaltschaften tätig sind, zu entwickeln und umzusetzen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft